

## Inhaltsprotokoll

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien**

70. Sitzung  
25. März 2026

Beginn: 09.33 Uhr  
Schluss: 12.48 Uhr  
Vorsitz: Andreas Otto (GRÜNE)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

**Stefan Häntsch** (CDU) regt an, die Tagesordnungspunkte 7 und 8 gemeinsam zu beraten.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Weiteres siehe Beschlussprotokoll.

#### Punkt 1 der Tagesordnung

##### **Aktuelle Viertelstunde**

**Dr. Alexander King** (fraktionslos) stellt die zuvor schriftlich eingereichte Frage:

"Wie erklärt sich, dass die Senatskanzlei mir als Abgeordnetem auf die Frage nach den Telefonaten des Regierenden Bürgermeisters am 3. Januar eine nachweislich falsche Antwort gab (Antwort des Senats auf Frage Nr. 10 in der Schriftlichen Anfrage mit der Drucksachenummer 19/24 737), wie sich jetzt durch eine aktuelle Recherche der Morgenpost herausstellte?"

**Staatssekretär Florian Hauer** (Skzl) führt aus, der Regierende Bürgermeister habe am Montagabend mitgeteilt, Fehler in der Kommunikation gemacht zu haben, die er zutiefst bedaure. Dies umfasse auch den angesprochenen Sachverhalt. Nach Kenntnisnahme dieses Fehlers sei die Antwort umgehend korrigiert worden und dies der Präsidentin des

Abgeordnetenhauses sowie dem Abgeordneten mitgeteilt worden. Richtig sei, dass der Regierende Bürgermeister am 3. Januar nicht mit der Bezirksbürgermeisterin von Steglitz gesprochen habe.

**Dr. Alexander King** (fraktionslos) fragt nach, wie eine solche Antwort zustande komme. Sei aus der Verwaltung eine falsche Information gegeben worden? Wie lasse sich eine falsche Information nachvollziehen?

**Staatssekretär Florian Hauer** (Skzl) erwidert, dass er parlamentarische Anfragen, sei es im Ausschuss oder im Plenum, immer nach bestem Wissen und auf Grundlage der ihm vorliegenden, zugeliferten Informationen beantworte. So sei es auch in diesem Fall gewesen. Er habe auch keinen Grund gehabt, an dieser Information, das konkrete Telefonat betreffend, zu zweifeln da auch die Bezirksbürgermeisterin selbst gegenüber dem Tagesspiegel am 6. Januar, wenige Tage vor der Beantwortung, geäußert habe, dass sie mehrmals mit dem Regierenden Bürgermeister am Sonnabend und Sonntag telefoniert habe. Dies sei auch die Auskunft der Bezirksbürgermeisterin damals vor der Beantwortung der schriftlichen Anfrage gewesen. Deswegen habe er keinen Grund gesehen, an dieser Information zweifeln.

**Carsten Schatz** (LINKE) ) stellt die zuvor schriftlich eingereichte Frage:

"Wie bewertet der Senat die Zusammenarbeit der Konservativen mit der extremen Rechten im Europaparlament und welche Probleme sieht er in dieser Zusammenarbeit für Berlin, insbesondere im Hinblick auf den European Green Deal und die Energiesicherheit durch den Ausstieg aus fossilen Energieträgern?"

**Staatssekretär Florian Hauer** (Skzl) äußert, für den Senat und für die Senatskanzlei könne er mitteilen, dass grundsätzlich Abstimmungsprozesse in Parlamenten nicht bewertet würden. Dies gelte für den Deutschen Bundestag, für andere Landesparlamente und auch für das Europäische Parlament. Bewertet würden jedoch die Abstimmungsergebnisse. Er verweise auf das Mercosur-Abkommen. Seinerzeit hätten Linke und Grüne mit den extremen Rechten zusammen gegen das Mercosur-Abkommen gestimmt bzw. für die Anrufung des EuGH. Auch damals habe er nicht den Abstimmungsprozesse und die Entstehung der Abstimmung als solche bewertet, sondern lediglich das Ergebnis. Bei dem hier genannten konkreten Abstimmungsergebnis seien aus seiner Sicht keine Rückschlüsse auf künftige Abstimmungen zu ziehen. Es werde nicht davon ausgegangen, dass dies ein Präjudiz sei und damit irgendwelche Auswirkungen auf die gestellten Fragen der Energiesicherheit für Berlin haben werde.

**Carsten Schatz** (LINKE) merkt an, ihn verwundere die Zurückhaltung. Sogar der Parteivorsitzende und Bundeskanzler hätten diese Zurückhaltung nicht ausgeübt.

**Gollaleh Ahmadi** (GRÜNE) stellt die zuvor schriftlich eingereichte Frage:

"Welche konkreten Schritte im Kampf gegen digitale Gewalt planen der Senat und der Regierende Bürgermeister Kai Wegner, um wie auf X angekündigt „den digitalen Raum stärker in den Blick (zu) nehmen“?"

**Staatssekretär Florian Hauer** (Skzl) antwortet, das Bundesjustizministerium habe ein umfassendes Gesetzespaket angekündigt hat, das in Kürze vorgelegt werden solle. Aus der Presse sei zu entnehmen, dass es um die Schließung von Strafbarkeitslücken gehe, auch darum, die Durchsetzung von Strafverfolgungsmaßnahmen zu verbessern und um Stärkung der Ermittlungsbehörden, was in die Landeszuständigkeit falle. Es gehe auch um Stärkung der Aufsichtsbehörden. Zudem sollten den Strafverfolgungsbehörden die notwendigen Informationen gegeben werden, wie Auskunftsansprüche gegenüber den Plattformbetreibern. Teil des angekündigten Gesetzespaketes sei Datenspeicherung, insbesondere Vorratsdatenspeicherung. Diese Themen seien Teil der rechtspolitischen Diskussionen in den nächsten Monaten. Der Gesetzentwurf sei noch nicht bekannt. Er gehe davon aus, dass er in Kürze vorgestellt werde und den zuständigen Gremien, wie dem Bundesrat, zugeleitet werde. Dort könnte sich Berlin dann im Rahmen des Bundesratsverfahrens umfassend inhaltlich damit auseinandersetzen und Stellung beziehen.

**Gollaleh Ahmadi** (GRÜNE) wendet ein, digitale Gewalt sei kein Neuland; das Problem bestehe seit Jahren. Sie begrüße, dass sich der Bundesjustizminister des Problems annehmen und einen Gesetzentwurf vorlegen wolle. Wie verfare der Senat, bis das Gesetz verabschiedet sei, in Kraft trete und die Infrastruktur in Berlin geschaffen sei? Wie werde diese Lücke der Monate, eventuell sogar Jahre, geschlossen?

**Staatssekretär Florian Hauer** (Skzl) trägt vor, er gehe zunächst nicht davon aus, dass das Gesetzespaket erst in einigen Jahren vorgelegt werde. Zudem seien Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden bereits jetzt in diesem Bereich tätig. Mit einem neuen Straftatbestand müssten jedoch zusätzliche personelle und technische Ressourcen für die Ermittlungsbehörden geschaffen werden. Er erinnere an eine frühere Anhörung mit Vorschlägen allerdings eher europarechtlicher Natur, insbesondere zur Abschaffung der Anonymität im Netz sowie zur Regelung der Haftung von Anbietern. Die Diskussion werde daher wohl nicht nur auf Landes- und Bundesebene, sondern auch europäisch geführt werden. Zudem müsse im Zusammenhang mit Straftaten im digitalen Raum aus seiner Sicht auch über Vorratsdatenspeicherung gesprochen werden.

**Dr. Hugh Bronson** (AfD) stellt die zuvor schriftlich eingereichte Frage:

"Angesichts der gestrigen Großdemonstration in Berlin gegen digitale sexualisierte Gewalt und der aktuellen Debatte um pornografische Deepfakes: Hat die MABB von ihren Aufsichtsbefugnissen nach dem Medienstaatsvertrag gegenüber Telemedienanbietern mit Berliner oder Brandenburger Sitz Gebrauch gemacht, um solche Inhalte zur Löschung zu bringen und wenn ja, in wie welchen und wie vielen Fällen? Wenn nein, warum nicht?"

**Staatssekretär Florian Hauer** (Skzl) antwortet, es sei zutreffend, dass auf Grundlage des Medienstaatsvertrages im Web gegen Telemedienanbieter mit Sitz in Berlin oder Brandenburg vorgegangen werden könne, wenn medienrechtliche Verstöße vorlägen. Dazu gehörten insbesondere der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor pornographischen Darstellungen im Internet. Für diesen Bereich sei die MABB umfassend zuständig. Für die jugendschutzrechtliche Bewertung solcher Inhalte spiele es zunächst keine Rolle, ob die Darstellung KI-generiert sei oder nicht. Aus diesem Grund führe die MABB auch keine

gesonderten Statistiken zu KI-generierten Darstellungen. Insgesamt habe die MABB im Jahr 2025 etwa 2 500 Inhalte im Bereich des Jugendmedienschutzes gesichtet und bearbeitet; bei etwa 600 Inhalten sei ein Verstoß festgestellt worden.

**Dr. Hugh Bronson** (AfD) erwidert, nachvollziehen zu können, dass kein Unterschied gemacht werde, ob es KI-generiert sei oder ein analoges pornographisches Machwerk sei. Dass die Medienanstalt in 600 Fällen aktiv geworden sei, sei zu begrüßen. Obwohl die Deepfakes seit 2017 existierten, solle es erst jetzt ein Gesetz geben. Warum habe die Schaffung einer Rechtsgrundlage so lange gedauert?

**Staatssekretär Florian Hauer** (Skzl) bemerkt, da er erst seit drei Jahren im Amt sei, könne er die Frage, warum in den letzten zehn Jahren nicht gehandelt worden sei, nicht beantworten. Auch sei der Senat nicht der richtige Ansprechpartner. Er rege an, die Frage über die Bundestagsfraktion an das Bundesjustizministerium und die Bundesregierung zu richten.

Der **Ausschuss** schließt Punkt 1 der Tagesordnung ab.

## Punkt 2 der Tagesordnung

### **Bericht aus der Senatskanzlei, einschließlich aktueller Fragen auf Bundesrats- und Länderebene**

**Staatssekretär Florian Hauer** (Skzl) berichtet über die anstehende Bundesratssitzung, in der zahlreiche Gesetzesvorhaben abschließend beraten würden, darunter das GEAS Anpassungsgesetz und das zugleich zustimmungspflichtige GEAS-Anpassungsfolgegesetz, die Bürgergeldreform, das Tariftreuegesetz, das Krankenhausreformenpassungsgesetz sowie eine Änderung des Bundesjagdgesetzes bezüglich des Wolfes. Zudem stünden diverse EU-Vorlagen, das Digitalpaket bzw. Digital-Omnibus und Länderinitiativen auf der Tagesordnung, besonders ein Berliner Gesetzesantrag zur Einführung einer Beweislastumkehr zur selbständigen erweiterten Einziehung von Vermögenswerten. Zudem gebe es diverse Gesetzentwürfe der Bundesregierung im ersten Durchgang, zu denen Berlin Stellung nehmen werde, unter anderem das Behindertengleichstellungsgesetz.

In dieser Woche werde die MPK Ost in Berlin unter Berliner Vorsitz stattfinden. Es seien Gespräche mit dem Bundeskanzler und der Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland, Elisabeth Kaiser, sowie der Bundeswirtschaftsministerin Reiche auch zur aktuellen Lage, Wirtschaft und Innovation geplant. Aus Berliner Sicht eines der zentralen Themen dort sei auch die Konnektivität des Hauptstadtflughafens, aber auch die aktuelle Energiepolitik infolge des Irankrieges sowie die damit verbundenen Energiepreise für Chemie und Pharma, die Zukunft der Chemieindustrie in Ostdeutschland und die Beschleunigung von Investitionen und Transformation und auch eine angemessene Beteiligung Ostdeutschlands an der Verteilung des Sondervermögensanteils des Bundes. Wichtiges Thema gerade in diesem Jahr seien die deutsch-polnischen Beziehungen, die durch gemeinsame Veranstaltungen mit polnischen Vertretern besonders betont würden.

**Mathias Schulz** (SPD) interessiert, mit welchen Zielen das Land Berlin in diese MPK Ost gehen werde.

**Andreas Otto** (GRÜNE) äußert sich in seiner Funktion als Abgeordneter. Er halte die Terminierung der MPK Ost an einem Plenartag des Abgeordnetenhauses für ungünstig. Hätte Berlin einen Einfluss auf die Terminlage haben können? Er bitte um Informationen zur politischen Zielsetzung bezüglich der Verteilung des Sondervermögens. Gebe es einen festgelegten Schlüssel der Verteilung oder politische Zielsetzungen, die dazu führen könnten, dass bestimmte Regionen mehr und andere weniger bekommen? Gebe es entsprechende Diskussion dazu? Welches Ziel hätten die Gespräche bezüglich des BER?

**Carsten Schatz** (LINKE) verweist auf die Behandlung des Gesetzentwurfs zum 13. Änderungsgesetz zum SGB II im Bundesrat. Nach seinen Informationen gebe es die Intention, einen Einspruch zu diesem Gesetz zu formulieren. Plane der Senat einen solchen insbesondere vor dem Hintergrund, dass ein Viertel der Berliner Kinder in Bedarfsgemeinschaften lebten? Die vorgesehenen Verschärfungen führten wahrscheinlich dazu, dass ein Großteil von Betroffenen oder neu Betroffenen die Kosten der Unterkunft schnell senken müsste, was zu einer Welle von Zwangsumzügen in Berlin führen würde.

**Staatssekretär Florian Hauer** (Skzl) führt aus, dass angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Lage Einigkeit bestehe, dass es dringenden Handlungsbedarf gebe, insbesondere im Bereich Wirtschaft und Innovation. Es sei notwendig, auf den Druck zu reagieren, dem die Industrie sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland ausgesetzt sei. Kurzfristig werde es auch darum gehen müssen, dass die durch den Irankrieg bedingten Preissteigerungen im Energiebereich eingedämmt werden müssten. Es gebe Überlegungen der Bundesregierung, gesetzgeberisch tätig zu werden, um auch energieintensive Branchen gezielt zu unterstützen, etwa durch einen Industriestrompreis. Insgesamt müsse an der Verkehrsinfrastruktur gearbeitet werden, gerade auch in Ostdeutschland. Beim Sondervermögen sollte gerechte Verteilung entsprechend der Größe der Länder angestrebt werden. Es wäre gut, wenn die ostdeutschen Länder ihre Interessen gemeinsam verträten, insbesondere im Bereich der Eisenbahninfrastruktur und der Anbindung an Mittel- und Osteuropa. Der Flughafen BER sei gerade hinsichtlich der Interkontinentalflüge sehr schlecht aufgestellt. Es gebe wenig Interesse zum einen von der Lufthansa, zum anderen von den beiden Bundesländern, in denen die Lufthansa sehr stark vertreten sei, etwas zu verändern. Insofern sei Berlin sehr bemüht, mehr Direktverbindungen zum BER zu gewinnen. Dies könnte sowohl durch eigene Maßnahmen als auch durch den Abbau regulatorischer Hürden für interessierte Fluggesellschaften erreicht werden. Bei der Terminierung wichtiger Veranstaltungen wie der MPK Ost sei es herausfordernd, alle beteiligten Regierungschefs und Minister unter einen Hut zu bringen, weshalb möglicherweise der Plenarplan des Abgeordnetenhauses nicht immer das entscheidende Kriterium sein kann. Zum Abstimmungsverhalten diese Woche im Bundesrat bezüglich des Bürgergeldes verweise er auf Ausführungen zum regierung-internen Handeln und dem Zustandekommen eines Votums, das im Endeffekt erst mit der Abgabe des Votums abgeschlossen sei. Deswegen sei es übliche Praxis, im Nachgang zu informieren, wie Berlin abgestimmt habe. Ohne Anerkennung einer Rechtspflicht könne er jedoch mitteilen, dass sich Berlin voraussichtlich enthalten werde, sollte es einen Antrag geben, den Vermittlungsrat anzurufen.

Der **Ausschuss** schließt Punkt 2 der Tagesordnung ab.

### Punkt 3 der Tagesordnung

#### **Aktuelle Fragen auf Europaebene, insbesondere EU-Angelegenheiten von Berliner Relevanz**

**Staatssekretär Florian Hauer** (Skzl) spricht über den diesjährigen EU-Projekttag der Schulen. Der Regierende Bürgermeister werde Ende April an die Ernst-Reuter-Oberschule in Mitte gehen. Er selbst werde die Hotelfachschule Berlin OSZ Gastgewerbe auch Ende April besuchen. Aus Sicht des Senats und der Senatskanzlei sei Vermittlung zwischen interessierten Berliner Schulen und politischen Gästen ein sehr wichtiges Anliegen. Er werbe dafür, davon reichlich Gebrauch zu machen. Es sei wichtig, gerade in diesem Bereich nicht nur an die Gymnasien zu gehen. Die Koordinierung senatsseitig dieses Veranstaltungsformates erfolge durch die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie. Der EU-Projekttag der Schulen sei eine jährliche Initiative in Deutschland, die 2007 anlässlich der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ins Leben gerufen worden sei, um das Interesse junger Menschen an der Europäischen Union zu wecken. Politiker der Bundes- und Landesebene besuchten an diesem Tag in Deutschland Schulen, hier: Berliner Schulen, um mit Schülerinnen und Schülern über jugendaffine und aktuelle EU-Themen zu diskutieren.

Der **Ausschuss** schließt Punkt 3 der Tagesordnung ab.

### Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Berlins Aktivitäten in der Europawoche**  
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

[0240](#)  
BuEuMe

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

### Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Auswirkungen der EU-Freihandelsabkommen auf Berlin**  
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

[0241](#)  
BuEuMe

Hierzu: Anhörung

Weiter wird um die Anwesenheit einer politischen Vertretung der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe gebeten.

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion  
Drucksache 19/2639  
**Austritt aus dem Pariser Klimaabkommen und allen internationalen Klimavereinbarungen**

[0215](#)  
BuEuMe(f)  
UK\*

Vertagt.

Punkt 7 (neu) der Tagesordnung

a) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
(neu) Drucksache 19/2724  
**Soziale Gerechtigkeit liefern – Schutz und Fairness durch ein Direktanstellungsgebot für die Beschäftigten von Lieferdiensten**

[0219](#)  
BuEuMe(f)  
ArbSoz\*

b) Antrag der Fraktion Die Linke  
(neu) Drucksache 19/2738  
**Direktanstellungsgebot für Lieferdienste – Konsequente Kontrolle des Nachweisgesetzes**

[0226](#)  
BuEuMe(f)  
ArbSoz\*

Vertagt.

Punkt 8 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Drucksache 19/2863  
**Rechtskreiswechsel ukrainischer Geflüchteter stoppen – Arbeitsmarktintegration sichern!**

[0234](#)  
BuEuMe(f)  
ArbSoz\*

Vertagt.

Punkt 9 der Tagesordnung

**Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.